

Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh,
Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis
für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag und Sonnabend Abends 5 Uhr, Mittwoch und Donnerstag bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Seite oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Chörner Vorlebenblatt.

Nr. 133.

Sonnabend, den 24. August.

1867

Preußische Sieges-Chronik 1866.

(Fortsetzung)

23. August. Friedensvertrag zwischen Preußen und Österreich, abgeschlossen zu Prag. Die wichtigsten Bestimmungen sind: Art. II Der Kaiser von Österreich giebt zu der Vereinigung des Lombardo-Beniaminischen Königreiches mit dem Königreich Italien seine Zustimmung. Art. IV. Der Kaiser von Österreich erkennt die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes an und giebt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht der Kaiser, das engere Bundes-Verhältnis anzuerkennen, welches Se. Maj. der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründet wird und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammen treten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird. Art. V. Der Kaiser von Österreich überträgt auf Se. Maj. den König von Preußen alle seine im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 erworbene Rechte auf die Herzogthümer Holstein und Schleswig mit der Maßgabe, daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrakte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen. Art. VI. Auf den Wunsch des Kaisers von Österreich erklärt Se. Maj. der König von Preußen Sich bereit, bei den bevorstehenden Veränderungen in Deutschland den gegenwärtigen Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen, indem Er Sich dagegen vorbehält, den Beitrag Sachsen zu den Kriegskosten und künftige Stellung des Königreichs Sachsen innerhalb des norddeutschen Bundes durch einen mit dem König von Sachsen abzuschließenden besonderen Friedensvertrag näher zu regeln. Art. XI. Österreich zahlt an Preußen an

Kriegskosten 40 Millionen Thaler. Da von werden 15 Millionen auf Schleswig-Holstein'sche Kriegsforderung und 5 Millionen für freie Verbesserung der preußischen Armee in Österreich gerechnet, so daß also noch 20 Millionen zu zahlen sind.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Situation.

Zur Salzburger Zusammenkunft. Der „D. B.“ wird aus Berlin folgendes mitgetheilt: Einer hier aus Salzburg eingelaufenen Privat-Mittheilung zufolge, wären schon jetzt wesentliche Vereinbarungen zwischen den beiden Kaisern ermöglicht worden; und glaube ich Ihnen die Details der Mittheilung um so weniger vorerthalten dürfen, als diese von einer Stelle kommt, die österreichischen politischen Kreisen nahe steht und wohl unterrichtet sein kann. Jener Mittheilung zufolge hätten sich die Besprechungen der Kaiser zwischen folgenden Gegenständen bewegt: 1) Die orientalische Frage darf augenblicklich ihrer Lösung nicht näher gebracht werden. Etwas Versuchen einer dritten Macht, nach dieser Seite hin vorzugehen, ist entgegnetreten. 2) Zur Erhaltung der allseitigen guten Beziehungen würde eine angemessene Vereinbarung Dänemarks mit Preußen bezüglich Nordschleswigs wesentlich beitragen. Eine freundliche Vermittlung Österreichs, die vielleicht dazu beitragen würde, die allerdings zu hoch gespannten Erwartungen Dänemarks auf das richtige Maß zurückzuführen, wäre nicht unpassend. 3) Bezuglich Süddeutschlands Eintritt in den Zollverein (Zollparlament) ist nichts zu bemerken, so lange Preußen die Bestimmungen des Prager Friedens im Auge behält. 4) Wegen Auslieferung der Leiche Maximilians und Sicherstellung der beiderseitigen Unterthanen in Mexiko sind die bezüglichen Schritte gemeinschaftlich zu thun. — Ich gebe Ihnen diese Nachrichten, selbstverständlich ohne Bürgschaft für die Richtigkeit derselben in allen Punkten zu übernehmen. Jedenfalls werden ähnliche Mittheilungen über die Unterredung beider Kaiser colportiert, denn aus ihnen pflegt mein Gewährsmann zu schöpfen.

Der Wiener „Debatte“ wird aus Salzburg geschrieben: Es wäre ein unverzeiliches Verkennen der in den maßgebenden Kreisen herrschenden Tendenzen, wenn man glauben wollte, daß die in Salzburg zwischen Österreich und Frankreich stattfindenden Besprechungen ihre Spitze gegen irgend eine dritte Macht

richten. Dieselben entstammen der aufrichtigsten Freundschaft, die sich in der entschiedensten Weise darin bekundet, daß man nicht daran denkt, bereits vollen-de Thatsachen in Zweifel zu ziehen, sondern dieselben in ihrer ganzen Ausdehnung und Bedeutung aufrichtig acceptirt. Betreffs Preußens gelten dem Kaiser von Frankreich der Prager Friedensvertrag, sowie Preußens Schritte, bezüglich der deutschen Einheit als Thatsachen, an denen nicht gerüttelt werden soll und darf. Die Anerkennung der neuen Verhältnisse ist so bedingungslos und frei von Hintergedanken, daß man hofft, Preußen von den friedlichen Intentionen und Zwecken der Salzburger Zusammenkunft bestens überzeugen zu können.

Indem die Kabinette von Wien und Paris sich offen und ehrlich auf den Boden der vollendeten Thatsachen stellen, glaubt man französischerseits dem europäischen Frieden mächtige und wirksame Garantien zu bieten, wenn Österreich und Frankreich allen auftau-chenden Fragen gegenüber gleiche Ausgangspunkte zur Beurtheilung und Behandlung einnehmen. Das Ge-rede über ein österreichisch-französisches Schutz- und Trutzbündniß ist völlig grundlos. Man strebt in Salzburg nur eine Verständigung an über Gesichts-punkte und Anschauungen und hegt keine andere Absicht und Hoffnung, als durch Einmuthigkeit den Frieden zu sichern.

Die Wiener offizielle „Debatte“ vom 23. schreibt: Es scheine beabsichtigt zu werden, die europäischen Ca-binette zur Annahme der gemeinschaftlich in Salzburg formulirten Idee einzuladen, damit der Friede künftig ungestört bleibe.

Es ist natürlich daß die Salzburger Zusammenkunft in der österreichischen und süddeutschen Presse Projekte hervorruft, welche auf die Herstellung eines süddeutschen, nach Österreich hin gravitirenden Bun-des gerichtet sind. Es ist auch wahrscheinlich, daß in Salzburg Derartiges beprobt ist. Wie der Arztigt. mitgetheilt wird, findet die Idee eines süddeutschen Bundes, in welchen auch die deutschen Provinzen Österreichs aufgenommen werden sollen, sehr viel An-fang. Man würde darin ein ausreichendes Gegengewicht gegen Preußen erblicken. „In Baden“ — fügt der Gewährsmann der „Kreuztg.“ hinzu — habe ich den wenigsten, in Württemberg den meisten Enthusias-mus für diese Idee gefunden, und zwar weil die Schwaben sich freuen, daß dann Bayern die Führung nicht in Anspruch nehmen kann, weil es nur 7 Millio-nen und Österreich 8 Millionen Deutsche habe.“ Auch die Regierungen von Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt sind mehr denn je bestrebt, den

Nach russischem Muster.

Der „Magdeburger Zeitung“ wird aus Lehrte unter dem 18. August von einem ihr persönlich bekannten Manne folgende durch Nennung aller darin ange-deutenden Personen beglaubigte Warnung für das rei-sende Publikum zu:

„Am 17. August er. stieg ich in Hannover in den Tageschnellzug nach Berlin. Es befanden sich außer mir in demselben Coupé fünf junge Damen, in dem Coupé nebenan saßen lauter Herren, unter ihnen auch ein Schutzmann, welcher während der Fahrt jene Da-men auf eine so auffällige Weise musterte, daß diese sich über ein solches Benehmen mit Indignation aus-sprachen. In Lehrte angekommen, stieg jener Schutzmann aus, betrat mein Coupé und forderte von zwei Damen, denen man ansehen konnte, daß sie Geschwister waren, auf barsche, unhöfliche Weise Legitimationsspapiere. Die Damen erklärten, sie seien zum Besuche in E. gewesen und wollten nach Th., wo sie wohnten. Sie wiesen auch ihre Fahrtscheine vor, was Alles dem Be-amten jedoch nicht genügt, er wollte Papiere sehen. Ich erklärte nun wörtlich: „Nach meiner Ansicht braucht man doch jetzt auf der Reise keine Papiere und na-

mentlich brauchte doch wohl eine Dame keine solchen!“ worauf der Schutzmann erwiderte: „Da haben Sie sich gar nicht hinein zu mischen, die Damen können sitzen bleiben, jetzt werde ich mich aber an Sie wenden, und wenn Sie keine Papiere haben, müssen Sie aus-steigen!“ Zufällig war ich mit Passkarte versehen und präsentierte sie dem Beamen, worauf derselbe entgegnete: „aber er könne ja gar nicht wissen, ob die Pas-skarte mir gehöre!“ Wegen dieser, so wie wegen einer anderen injuriösen Bemerkung ersuchte ich den Beamen um seinen Namen, dessen Angabe er mir jedoch entschieden verweigerte, er erklärte nur mit Ostentation: „Er sei der Stationswachmeister in Lehrte!“ — Ich hielt diese ganze Angelegenheit bereits für erledigt, als mich ein älterer Herr, der Lehrer K. aus Th. fragte, was eigentlich den Beamen zu einem solchen Beneh-men veranlaßte. Ich erzählte kurz den Thatbestand und schloß mit mit den Worten: „Ich glaube weder etwas Unrechtes gesagt noch den Beamen beleidigt zu haben!“ kaum hatte ich diese Worte ausgesprochen, als der Beamen, den ich gar nicht mehr in meiner Nähe glaubte, vom Perron aus auf mich zustürzte, mich unverschens mit beiden Händen vorn bei der Brust fasste und mich derb schüttelte, wobei er rief: „Wenn Sie noch ein

Wort sprechen, ich zerreiße Sie! Ich breche Ihnen das Genick!“ Der Lehrer K., welcher diesen merhörten Ueberfall mit angesiehen, erklärte sofort dem Beamen, er habe mich nur gefragt und ich habe ihm auf seine Frage geantwortet, worauf der Beamen entgegnete: „Sie haben hier gar nichts zu fragen, Sie haben sich überhaupt da gar nicht hineinzumischen!“ Ich selbst war über meine Behandlung so erstaunt und so erschrocken, daß ich im ersten Augenblick nicht wußte, was ich sagen sollte; hatte ich doch auch so bairische Proben des Schutzes von Seiten eines Schutzmannes erfahren, daß mich nach weiteren Kraftäußerungen nicht verlangte, vielmehr war ich froh, als der Zug sich in Bewegung setzte und mich von der Gegenwart eines solchen Schutzmannes befreite! — Ich füge noch hinzu, daß jene bei-den Damen, denen die Papiere abverlangt wurden, ei-ner sehr ehrenwerthen anständigen Familie in Th. an-gehören. Ich habe sofort meine Beschwerde beim Rgl. Polizeipräsidium in Berlin unter Angabe von 7 Beu-gen, die ich auch der Redaction der „Magd. Ztg.“ namhaft gemacht, eingereicht und werde die Entscheidung des Rgl. Polizeipräsidiums seiner Zeit durch die „Magd. Ztg.“ veröffentlichen,

W. Kaufmann.

deutschen Süden von dem Norden fern zu halten.

Dem „Dresdner Journal“ wird in einer Korrespondenz aus Salzburg geschrieben: Die Zusammenkunft der Monarchen bezwecke in politischer Hinsicht eine derartige Verständigung, daß fortan die beiden Kabinete Österreichs und Frankreichs in der Lage sind, alle bestehenden oder etwa neu entstehenden europäischen Fragen unter übereinstimmenden Gesichtspunkten zu behandeln. Die Verhandlungen werden direkt auf Grund des Beust'schen Programmes zwischen dem Kaiser der Franzosen und österreichischen Reichskanzler geführt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Das Oberappellationsgericht für die neuen Provinzen wird in den nächsten Tagen unter dem Vorsitz des Präsidenten Leonard aus Hannover in Berlin zusammengetreten. Dieses Oberappellationsgericht hat dieselben Funktionen, wie das Obertribunal, und kann deshalb nur als provisorische Schöpfung betrachtet werden. Der Zweck seiner Bildung kann nur in der Absicht der Regierung liegen, für die Justizbehörden der neuen Provinzen, welche eine verschiedene Verfassung haben und jetzt ohne Zusammenhang stehen, rasch einen Verwaltungsmittelpunkt und eine oberste Behörde zu bilden. Berechtigt zu diesem Verfahren ist die Regierung durch die dictatorische Gewalt, die ihr bis zum 1. Oktober für die neuen Provinzen anvertraut ist. Von diesem Zeitpunkt an kann es aber nicht mehr als gesetzliche Behörde gelten, und muß auf dem Wege der Gesetzgebung mit dem Obertribunal vereinigt werden. Denn es kann der Verfassung nach nur eine höchste Justizbehörde im Lande bestehen. Würde aber selbst im Wege der Verfassungsänderung dies neue Gericht gesetzlich constituiert, so wären die Normen des Rechts im ganzen Lande der Gefahr der größten Verwirrung ausgesetzt. Denn es könnte vorkommen, daß dies Gericht andere Erkenntnisse in derselben Sache erließe, als das Obertribunalgericht. Es muß aber im Interesse der Regierung liegen, daß die Rechtsgrundätze, welche vom höchsten Gericht des Landes durch dessen Entscheidungen verkündet werden, durch keinen Widerspruch von einer gleich hohen Justizbehörde abgeschwächt oder nichtig gemacht werden können. Es wäre freilich sehr leicht zu wünschen, daß bei Gelegenheit dieser nothwendigen Änderungen in unserer Justizverwaltung die alten ständischen Collegien und die freie Advocatur eingeführt und das fliegende Commissarien- und Hilfsrichterwesen, das Gneist mit vernichtender Kritik beleuchtet hat, aufgegeben würden. Es ist diese un-deutsche Gerichtsverfassung eine Erbschaft der Man-teuffelschen Reaction. — Die intendirte Gehaltserhöhung der Offiziere erstreckt sich, so viel die „M. Bl.“ wissen, nur auf Lieutenanten; doch ist es mehr als fraglich, ob das Project bereits am 1. Oktober ins Leben treten wird. Dasselbe gilt übrigens von der Erhöhung des Servises, wobei die Eintheilung der Garnisonorte in fünf Klassen in Aussicht genommen ist. Aus Ems wird geschrieben: Es ist mir die Aussicht eröffnet, daß die öffentlichen Spiele, mit Rücksicht auf die Interessen unserer Kurstadt, noch bis zum Jahr 1875 erhalten bleiben. Auch die Interessen von Wiesbaden und Homburg erheben dies, und so wäre das Prinzip gewahrt ohne die Kurstädte zu sehr zu beeinträchtigen.

Das Bundeskanzleramt erhält, wie man der „Leipz. Blg.“ schreibt, einen ziemlich umfassenden Geschäftskreis. Nach dem Präsidialerlaß vom 12. August erstreckt sich dessen Thätigkeit nach zwei Richtungen. Erstens hat es geschäftliche Befragung der Angelegenheiten, welche unter die Aufsicht des Bundespräsidiums gestellt sind. Zweitens ist es das ausführende Organ für die dem Bundeskanzler obliegende Verwaltung, Beaufsichtigung und Bearbeitung der Bundeskanzleramts, namentlich die Vorbereitung von Vertragsabschlüssen mit fremden Mächten, die Ausführung der Bundesgesetze und die Bearbeitung aller Angelegenheiten, welche deren Vollziehung betreffen, sowie die Ausfertigung der Präsidial-Anordnungen und die Entwerfung der Vorschriften für den Bundesrat und Reichstag. Die maßgebenden Weisungen zu allen diesen Arbeiten kommen vom Bundespräsidium und dem Bundeskanzler. Wie es heißt, sollen für das Bundeskanzleramt außer dem Präsidial drei Räthe ernannt werden.

Die Communalverfassung in den neuen Provinzen weicht von der in den alten Provinzen geltigen wesentlich ab. Es liege nun, wie die „Post“ sagt, in der Absicht der Regierung, da wo bisher die Bürgermeister in den neuen Landesteilen von der Stadtgemeinde ohne erforderliche Bestätigung der Regierung gewählt wurden, diesen Modus beizubehalten und ihn auch auf diejenigen neuen Gebiete auszudehnen, in welchen bisher ein solches Bestätigungsrecht der Regierung bestand. Das Letztere soll auch späterhin in den alten Provinzen im Wege der Gesetzgebung festgestellt werden, in denen definitiv die Bürgermeisterwahlen in Städten von 10,000 Einwohnern und darunter der Bestätigung der Regierung unterlagen. Das Bestätigungsrecht des Königs in Städten mit über 10,000 Einwohnern dürfte dagegen beibehalten werden. — Die schon erwähnte Vorlage über das Bundes-Passgesetz enthält, der „K. B.“ zufolge, als Prinzip die Aufhebung des Passwanges, wodurch natürlich vor kommenden Fällen die Verpflichtung des Einzelnen zur Legitimation resp. zur Belehrung der Nachweise über seine Person nicht ausgeschlossen ist, und deswegen auch die Verpflichtung der Behörden zur Ausstellung der eventuell verlangten Nachweise nicht aufgehoben wird. Hierach würde die Vorlage, welche die Minister Graf

Schwerin und v. Jagow 1862 einbrachten, ziemlich unverändert wieder vorgelegt. — Was die hessischen Vertrauensmänner verlangen sollen, wird in der „Hess. M.-Z.“ folgendermaßen angegeben: „Die Anerkennung des Eigenthums des Kurstaates an dem Staatschatt und dem Landesfonds; Verwendung der Revenuen dieser Kapitalien zu Zwecken der kurhessischen Landestheile; Ummwandlung der bisherigen Stände-Versammlung in eine Sondervertretung dieser Landestheile und in Verbindung mit einer nassauischen Landesvertretung zu einer Vertretung der Provinz Hessen; Erhaltung der Organisation der Gerichte und des gerichtlichen Verfahrens, so weit solche noch irgend thunlich erscheint; so wie Fortbestand der Landes-Kreditkasse als Staatsanstalt und die Gemeindeordnung.“

Hannover. Die Sittenpolizei wird hier seit einiger Zeit mit besonderer Strenge wahrgenommen und hat sich jetzt ein Vorfall ereignet, der das allgemeine Gespräch bildet. Ein Gutsbesitzer und Landwehrfizier aus der Provinz Brandenburg kam hier in voriger Woche mit Frau und Schwägerin auf der Rückreise von Norderney an. Meist in Begleitung zweier ihnen von früher her bekannter Offiziere der hiesigen Garnison, des Hauptmanns B. und des Rittmeisters v. R., besuchten sie die Seeburgsäule, die öffentlichen Gärten etc. Einem Polizeioffizianten erschien die Damen, ohne daß diese dazu irgende einen Anlaß gegeben, verdächtig, er beobachtete sie einstweilen weiter und als er in seinem Verdacht sich verstärkt glaubte, erschienen eines Morgens mehrere Polizeibeamte in dem Hotel und nötigten die Damen sowie die Herren, sich nach der Polizei zu verfügen. Da sie Reisepapiere nicht bei sich führten, mußten sie so lange warten, bis der Hauptmann B. von den Schießständen geholt war und die Gesellschaft als höchst achtbar erkognosirt hatte. Die Polizei hat sich dann entschuldigt, drei der Unterbeamten sind in dreitägige Gefängnis bzw. drei Thaler Geldstrafe genommen. Die Offiziere, welche mit der Familie befriedet waren, haben gestern über das ganze Verfahren bei dem Gouverneur Beschwerde erhoben und dieser eine genügende Satisfaktion zugesagt.

Schleswig-Holstein, den 21. August. Mit Befriedigung hat man in unserer Provinz die Nachricht aufgenommen, daß die Staatsregierung, gleichwie aus Hannover, ebenfalls aus den anderen neu erwachsenen Provinzen wenigstens Vertrauensmänner über die in der Verwaltung und im Gemeindewesen zu treffenden Reformen zu hören sich entschlossen hat. Gerade für Schleswig-Holstein werden die Veränderungen umfassende und tiefgreifende sein, gerade hier liegt auf den genannten Gebieten so ziemlich Alles im Argen. Ist deshalb nachgerade auch jede Neuerung schon als solche willkommen, so wird eine möglichst allseitige Prüfung der Pläne doch immerhin dem Lande zum dauernden Nutzen gereichen können. Der Erfolg der Berathungen von Vertrauensmännern, der günstige Eindruck, welchen diese Muziguel hinterlassen kann, ist aber vor Allen abhängig von der Auswahl der zu berufenden Persönlichkeiten. Die Aufgabe ist, Männer auszuwählen, welche dem gebässigen Parteizwiste der letzten Jahre ferner gestanden, welchen die Bevölkerung unverändert das Zutragen bewahrt hat, daß ihre Intentionen zunächst und allein auf das Wohl des Allgemeinen gerichtet sind. Unter die Zahl dieser Männer rechnen wir hauptsächlich diejenigen, welche vor 1851 den Kampf der Herzogthümer gegen Dänemark geleitet haben und nachher das Opfer ihrer persönlichen Stellung und Existenz für die deutsche Sache nicht zu hoch erachteten. Dem Bürgermeister Bovien in Hildesheim, dem Kurator Beseler in Bonn, dem Grafen F. Reventlow auf Starzede ist es unvergessen, was sie als Mitglieder der höchsten Landesbehörden 1848—1851 geleistet haben. Nachdem diese durch vielfährige geschäftliche Wirksamkeit in den Herzogthümern mit den hiesigen Gesetzen und Einrichtungen vertraute Männer schon bei der vorigen Reichstagswahl als Kandidaten aufgestellt worden sind, darf man jetzt erwarten, daß die Staatsregierung ihrerseits den solchergestalt kundgegebenen Wünshen der Bevölkerung die gebührende Rücksicht nicht versagen wird.

Stuttgart. Wenn der Kaiser der Franzosen aus dem Empfang, den er bei seiner Durchreise durch Süddeutschland findet, auf die politische Stimmung des Volkes schließen wollte, so mußte der Eindruck seines vierstündigen Aufenthalts im Stuttgarter Bahnhof ein überaus wohlthuender für ihn sein. Es war eine wirkliche Ovation, die ihm gebracht wurde, von einer Menschenmenge, wie sie die grossartigen Räumlichkeiten des neuen Bahnhofs noch nie gesehen, und zwar fast ohne alle Beimischung einer offiziellen Bevölkerung. Polizei und Militär traten ganz in den Hintergrund, und um die paar Minister und die Generale, die ihn empfingen, klimmerte sich der Kaiser sichtlich sehr wenig. Die sich drängende Masse aber hatte den Hinterlader der Begeisterung so voll geladen, daß sie schon beim Anblick des riesigen Dreimasters, unter welchem der Portier dem Kaiser und seinem Gefolge vorausfing, ein stürmisches Hoch losloch. Das ging so fort, so lange die Gäste über den Perron und durch die Wartesäle promenirten und während sie am offenen Fenster ihres Wagens einige Minuten standen, und hörte erst auf als der abgehende Zug bereits den Bahnhof verlassen hatte. Der Kaiser namentlich schien dies großes Vergnügen zu machen, denn sie grüßte aufs freundlichste fortwährend nach allen Seiten; Napoleon verschloß seine Eindrücke hinter der bekamten unbeweglichen Ruhe seines Gesichts; wenn er aber nicht die Überzeugung mitnahm der populärste Mann in Süddeutschland zu sein, so trägt sicher das Stuttgarter Publikum keine Schuld daran.

Oesterreich.

Man mag über Ordensverleihungen wie immer denken, so wird man doch zugeben müssen, daß die Dekoration des Fürsten Richard Metternich mit dem goldenen Bließ, dem höchsten österreichischen Orden, einen stark politischen Beigeinhalt hat, zumal sie in demselben Augenblide erfolgt, in welchem die Monarchen von Oesterreich und Frankreich einander begegnen, um Solferino und Queretaro der Vergessenheit zu weihen. Wie aus Salzburg gemeldet wurde, überreichte der Kaiser dem Fürsten am Schlusse des am 18. stattgehabten Dinners den Orden. Napoleon erhob sich und drückte seinem kaiserlichen Wirth die Hand. Die Scene machte auf die Anwesenden einen tiefen Eindruck. Fürst Metternich ist bekanntlich unter den österreichischen Diplomaten stets der eifrigste Verfechter der Idee einer Allianz mit Frankreich gewesen, und im Jahre 1803 sowohl, als die polnische Frage auf der Tagesordnung stand, sowie im vorigen Jahre und zwar noch vor Beginn des Krieges suchte er dieser praktische Geltung zu verschaffen. Man sieht nun in dieser Dekoration eine offensbare Anerkennung der politischen Bestrebungen, welche Fürst Metternich seit jeher verfolgt hat, und den Vorläufer einer innigen Verbindung mit Frankreich. — Offiziös wird übrigens fortwährend auf das Bestimmteste verzichtet, daß weder ein Offensivnoch Defensivbündniß von irgend einer Seite beabsichtigt werde, überhaupt werde Alles vermieden werden, wodurch das Misstrauen der Mächte erregt werden könnte; gleichwohl wird zugestanden, daß die Entente zu einer vollständigen Einigung beider Regierungen über die nach Außen zu beobachtende Haltung führen werde, da die Interessen beider Mächte im Augenblide tatsächlich nicht in einem Punkte auseinanergen.

Frankreich.

Obwohl dem Kaiser bei seiner Reise durch Süddeutschland nur von dem Stuttgarter Publikum eine Huldigung gewidmet worden ist, die in die Zeiten des Rheinbundes zurückverziehen könnte, während der Empfang sonst gemessen und selbst von mancher Dissonanz begleitet war, wird doch in Telegrammen und offiziösen Berichten das Mögliche geleistet, um aus der ganzen Fahrt einen wahren Triumphzug zu machen. So bringt der „Constitutionnel“ heute folgendes: „Der Kaiser mit weitem die auswärtigen Bewohnerungen sich überall, wo die französischen Souveräne vorüberkommen, herandrängen und die Zustimmigkeit der begründenden Burse, mit denen die Majestäten in Deutschland empfangen werden, sind ein Beweis für das Prestige und die Bewunderung, die sich in Europa an die Namen des Kaisers Napoleon und der Kaiserin Eugenie heften. Die Majestäten müßten von diesen Huldigungen der Bevölkerungen Deutschlands lebhaft ergriffen sein“. — Bei Gelegenheit des goldenen Bließes, mit dem der Fürst Metternich in Salzburg umkleidet worden ist, macht die „France“ die Bemerkung, daß diese Verleihung an den eifrigsten Kämpfer der Allianz zwischen den beiden Häusern Habsburg und Napoleon unter den jetzigen Verhältnissen ihre besondere Bedeutung hat; es muß sich jedoch erst zeigen, ob diese Auszeichnung eine Anerkennung erworbener Verdienste und eine Verstärkung der Intentionen des österreichischen Gefandten am französischen Hofe oder nur eine Belohnung für bewiesenen guten Willen und eine Entschädigung für nicht erlangte Erfolg ist. — Alexander Dumas Vater hat jetzt in der „Situation“ seinen Tendenzroman „La terreur prussienne à Francfort“ begonnen, und die Einleitung, welche Unter den Linden von Berlin spielt, gibt sofort zu erkennen, daß er die Farben sehr stark aufzutragen beabsichtigt. Der alte Romancier war trotz so vieler leichtsinniger Streiche in frühen und späten Tagen immer noch eine literarische Erscheinung, welche dem Auslande gegenüber den Esprit und die Liebenswürdigkeit der großen Nation vertrat, und es ist deshalb um so trauriger, ihn am Ende seiner langen und wechselvollen Laufbahn vor den tief eingerungenen Karren der „Situation“ gelassen zu sehen. Schon die erste Nummer ist ziemlich reichhaltig; sie enthält in nicht ungefährter Übersetzung das Niklas Becker'sche Rheinland und ein patriotisches Entrüstungsgeißel „die Rückkehr“ von Ullmann mit. Lebriengs ist die Sache mit dem bewährten savoir faire des Herrn Dumas Vater bearbeitet und wird nicht ohne Rückwirkung auf die öffentliche Stimmung in Frankreich bleiben. Der Verfasser huldigt — nebenbei bemerkt — der Ansicht, der tiefe unverwüstliche Haß der Preußen gegen Frankreich röhre noch aus der Zeit her, wo eine gallische Legion als Vortrab der römischen Heere in Germanien einstieß.

Großbritannien.

Sir Morton Peto, der große englische Capitalist, welcher in Amerika im vor. Jahre so außerordentlich fetirt wurde und in Delmonico's Hotel zu New York ein Souper gab, das 25,000 Doll. kostete, hat einen Bankrott gemacht, der sich sehen und hören lassen kann. Seine Verbindlichkeiten belaufen sich auf 9 Mill. Pfstr., somit 60 Mill. Thlr., während seine Activa etwa 300,000 Pfstr. oder ungefähr 2 Mill. Thlr. betragen. Das Deficit ist somit auf die Kleinigkeit von 58 Millionen Thlr. anzuschlagen.

Spanien.

Nachrichten aus Perpijan vom 22. d. Ms. zufolge sind bereits 500 Liberale aus Barcelona ausgewiesen und dauern die Ausweisungen noch fort. Die Insurrection wächst, das Landvolk unterstützt die Insurgenten; Chef der Letzteren ist Contreras. — In den Nachrichten der neuesten Pariser Blätter aus und über Spanien herrscht fortwährend große

Bewirrung. Die "Patrie" welche in nahen Beziehungen zur spanischen Botschaft steht, behauptet in einem Atem, daß der spanische Aufstand eine Erfindung der Ullaristen und daß er gescheitert sei; der Belagerungszustand sei in Catalonien nur auf den Wunsch der Einwohner und der städtischen Behörden proklamiert worden; von den spanischen Flüchtlingen in Brüssel sei der Anschlag schon längst aufgegeben. Prim habe Belgien noch gar nicht verlassen u. s. w. Dagegen melden "la Presse" und "Époque" im Wesentlichen übereinstimmend, daß der Aufstand sich in Catalonien behalte, und die Verhaftungen sehr zahlreich sind, daß die Arbeiter von Barcelona ihr Tagwerk noch nicht wieder aufgenommen haben, daß die Generale Pierrad, Milan, La Torre und Contreras an der Spitze verschiedener Banden stehen. 31 Dörfer des Thales von Aran hätten sich der Bewegung angegeschlossen. Der "Situation" versichert man, daß die Stadt Girona in die Gewalt der Insurgenten gefallen sei. Selbst die "France", welche sich bisher noch skeptisch verhielt, meldet jetzt: „Wie wir aus guter Quelle vernnehmen, hat sich der General Prim nach England eingeschifft und man schreibt ihm die Absicht zu, über Gibraltar in Spanien einzudringen.“

Am 22. d. Mts. ist in Madrid der Belagerungszustand erklärt, doch herrscht daselbst keine Bewegung. Ungefähr 5 Regimenter Infanterie und 3 Escadrons Cavallerie sind von Madrid nach Catalonien und Aragonien geschickt. Es geht das Gerücht, die Regierung sei benachrichtigt, daß General Prim in Catalonien eingetroffen sei.

In Paris sind am 21. d. die Zeitungen aus Madrid und Barcelona ausgeblieben, was selbst der "Abend-Moniteur" ausdrücklich zu erwähnen für angemessen hält. Er hätte hinzufügen können, daß die ganze spanische Post fehlt, was jedenfalls vermuten läßt, daß die Ordnung noch nicht überall hergestellt sei, wie die Pariser offiziösen Blätter nicht müde werden zu versichern. Diese Blätter werden fast alle von der spanischen Gesandtschaft aus mit Nachrichten versehen; was aus Privatquellen aus Spanien nach Paris gelangt, ist spärlich und unzuverlässig, so daß man im Dunkeln tappt. Die in Bordeaux erscheinende "Gironde" erhält von der spanischen Grenze und, wie sie sagt, von vertrauenswürdiger Seite folgende Depesche: „General Prim ist in Barcelona. Er wurde entzückt empfangen. Ganz Ober-Aragonien ist allgemein.“ Aus eigener Wissenschaft kann die "Gironde" hinzufügen, daß seit zwei Tagen St. Sebastian und die sämtlichen baskischen Provinzen im Belagerungszustand verkehrt sind. Die Anwesenheit Prims in Catalonien ist noch nicht vollständig verbürgt; dagegen unterliegt die Ausbreitung des Aufstandes keinem Zweifel. Es haben sich in den verschiedenen Gegenden Spaniens bewaffnete Banden gezeigt und in Madrid selbst erschien die Stimmung so bedrohlich, daß nach der neuesten Bayonner Depesche der Belagerungszustand verkündet ist.

Lokales.

Der Reichstagwahl. Aus einer Rede, welche Twesten vor einer Wählerversammlung in Reichenbach am 16. d. M. gehalten, theilen wir nachstehende Stelle wegen ihrer allgemeinen Bedeutung mit. Angriffe, gleichviel, ob begründet oder unbegründet, gegen die national liberale Fraktion, zumal gegen ihre Führer im Abgeordnetenhaus gelten zur Zeit bei einer kleinen liberalen Fraktion — wir wissen, das aus eigenen Wahrnehmungen — als Zeichen und Kundgebungen einer charakterlosen und treuen liberalen Gesinnung. Twesten sagt mit Rücksicht auf jene Schmähungen Folgendes:

„Es ist begreiflich, wenn liberale Männer in Erinnerung der früheren Konflikte und in Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der neuen Verfassung derselben ihre Zustimmung versagt haben, für sehr unzweckmäßig muß ich es erachten, das Verhalten dieser Verfassung gegenüber, nachdem sie zum Grundgesetz unseres Staatslebens geworden, zum unterscheidenden Merkmal für die künftige Parteibildung machen zu wollen. Aber als absurd und gehässig muß ich den Versuch einiger Führer der kleinen Minorität zurückweisen, diejenigen Liberalen, welche für die Verfassung gestimmt, und welche früher mit jenen in der Vertheidigung der Volksrechte eingetragen waren, als Renegaten, Überläufer und Verräther an der liberalen Sache zu verkehren und zu verlästern. Die Mitglieder der national-liberalen Partei haben überall, und nicht ohne Erfolg gesucht, die Gesetzesvorlagen im freiheitlichen Sinne zu verbessern, sie haben bei jeder Gelegenheit auf die notwendigen Reformen in der Gesetzgebung hingewiesen, sie sind energisch gegen Missbräuche oder Übergriffe in der Rechtspflege und Verwaltung eingetreten. Es ist nicht wahr, daß sie die alten Grundsätze des Liberalismus oder der Fortschrittspartei aufgegeben hätten. Die allgemeinen Grundsätze der liberalen Parteien über die Formen des Staates und die Rechte des Volkes sind bleibend; soweit sie in den ersten Programmen und Aufrufen der Fortschrittspartei, die zum Theil aus meiner Feder geflossen, enthalten waren, haben wir unverbrüchlich daran festgehalten. Aber die allgemeinen Grundsätze entscheiden nicht über die Erfordernisse des Augenblicks, und nach diesen leichten Bildern und zerstreut sich die Parteigruppen für die politische Wirklichkeit des Augenblicks. Was die Verhältnisse der Fortschrittspartei zu dem damaligen Ministerium und zur Militärfrage im Jahre 1861 betraf, hat jetzt keine Bedeutung mehr, und eben so wenig konnte das damalige Programm etwas über die Folgen des Krieges von 1866 und über die jetzige Bundesverfassung enthalten. Alle Feinde Preußens und deutscher Einheit, Polen und Franzosen, groß-deutsche Demokraten und Particularisten, die österreichischen Blätter und die Augsburger Zeitung, die wahrlich nicht ultra-liberalen Lendenzen dienen, vereinigen sich im Borne gegen die preußischen Liberalen, welche der Sache der deut-

schen Einheit auf dem Wege dienen, auf welchem sie unter den gegebenen Verhältnissen allein bestellt und gefördert werden kann. Sollten die Beningen, Braun und Deiter und die übrigen außerpreußischen Männer des Nationalvereins die Fragen der Freiheit, für die sie ihr Leben lang gekämpft, nicht eben so gut verstehen, wie die Löwe und Schulze? und sollten jene auch jetzt alle Verräther geworden sein? Meine Herren, Diejenigen, welche lange mit einander gestanden und noch große gemeinschaftliche Aufgaben zu lösen haben, sollten sich nicht in solcher Weise bekämpfen, wo sie glauben, verschiedene Wege einschlagen zu müssen, beiderseits in der Überzeugung dem Vaterlande zu dienen. — Der gemeinschaftlichen Aufgaben werden sich im bevorstehenden Reichstage wie im künftigen Abgeordnetenhaus viele und groÙe finden. Es gilt die Ordnung der Grundlagen der bürgerlichen Freiheit in der Herstellung der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, die Organisation der neuen Landesgemeinden, die Aufhebung der gutherrlichen Obrigkeit und Polizeigewalt, die Begrenzung der Regierungsgewalt durch gesetzliche, dem Belieben der augenblicklichen Verwaltung entzogene Schranken. Es gilt, unbegründete Anforderungen abzuwehren, wenn der Versuch gemacht werden sollte, in Rücksicht auf die Bedürfnisse der kleinen Staaten die Lasten des preußischen Volkes durch neue oder erhöhte Steuern zu vermehren, während doch unsere Finanzen selbst in den letzten Jahren des Krieges und seiner Nachwirkungen Überschüsse aufweisen. Es gilt vor Allem die Wirksamkeit der neuen Verfassung, die entscheidende Handhabung ihrer Bestimmungen nicht den Händen der Reaction zu überlassen.“

So Twesten; seinen Worten gestatten wir uns noch eine Bemerkung hinzuzufügen. Das verständige politische Verhalten der national-liberalen Partei in der nationalen Frage erinnert an das Wort des jüngst verstorbenen Patrioten Paul Pfizer: „Es ist schade Selbslust und Verblendung, die Nationalität der Freiheit, den Zweck dem Mittel aufzuforschen, und Freiheit zu begehrn auf den Trümmern der Nationalität.“ Die Arbeit für die Freiheit muß ununterbrochen fortgesetzt werden, heute aber mit den Mitteln, welche uns die Bundesverfassung bietet. Was wir noch an Freiheit auf Grund unserer sittlichen, politischen und sozialen Bildung zu fordern haben, werden wir Deutschen wiedererwerben, aber vor Allem lassen wir die angebaute Einheit des Vaterlandes nicht außer Acht.

Kommerzielles. Mit Rücksicht auf das große Interesse, welches auch der Handel unseres Platzes an dem Zustandekommen eines Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Russland auf freihändlerischer Grundlage hat, haben wir unseren Lesern von den vielfachen eifrigsten und energischen Bemühungen des deutschen Handelsstandes, an denen sich auch unsere Handelsammer lebhaft beteiligt hat, um den besagten Handelsvertrag Mittheilung gemacht. Diese Bemühungen sind nicht ohne jede Wirkung geblieben. Die russische Regierung hat sie wohl beachtet, allein anderseits ist von ihr ein erfolgreicher Schritt zur Reform des russischen Zollsystems noch nicht gemacht. Neben die Ursache dieser Erziehung erhält die „Bresl. Stg.“ einen Bericht aus Petersburg, dem wir nachstehendes entnehmen.

Der russische Finanzminister hat vor einiger Zeit ein Projekt zur Umgestaltung des Zolltarifs ausgearbeitet und den Handelskammern der verschiedenen russischen Handelsstädte zur Begutachtung vorgelegt. Trotzdem, daß die Regierung Russlands im Großen und Ganzen immer noch freihändlerischer ist, als der größte Theil der Kaufleute und Industriellen, spricht die öffentliche Meinung sich über dieses Elaborat unseres Finanzministeriums ziemlich ungünstig aus. Vom freihändlerischen, ja von jedem halbwege vernünftigen wirtschaftlichen Standpunkte aus, nimmt dasselbe sich in der That wie ein Messer ohne Klinge aus, an welchem der Stiel fehlt.“

Die Petersburger „Börsenzeitung“ bricht ganz offen den Stab über den neuen Zolltarif des Finanzministers. Die gewichtigste und nachhaltigste Opposition gegen liberale Zollreformen bildet aber die russische Kaufmannschaft selbst.

In dieser Beziehung theilt der vorbezeichnete Bericht Folgendes mit:

„Die Hauptmasse der Petersburger, wie der Moskauer Handelswelt steht, sobald es sich um die Agitation gegen Handelsverträge im liberalen Sinne handelt, auf dem Standpunkte des vormitigsten Protectionismus. Dieser bildet einen integrierenden Theil des national-demokratischen Programms und wird mit besonderer Energie von der „Moskwa“, dem Organ der nationalen Ultras (der sog. Slawophilen) vertreten, nach deren Ansicht jedes gute Patriot, der eine selbstständige russische Entwicklung seines Vaterlandes will, zugleich Schuhjörlner sein muß. Von grossem Einfluß auf diese wirtschaftlichen Verirrungen ist das Beispiel der nordamerikanischen Union gewesen, die man sich seit dem amerikanischen Besuch vom vorigen Sommer vielfach zum Muster genommen hat und für welche zu schwärmen, gegenwärtig an der Mode ist. Bequem genug ist es freilich, das System wirtschaftlicher Unfreiheit zur Wechselbedingung demokratisch-radikaler Entwicklung zu erheben, auf diese Weise Arm in Arm mit der „Nation der Zukunft“ (als solche wird Amerika hier bezeichnet) an der Spitze der Civilisation zu marschieren und auch in ökonomischer Beziehung gegenüber dem entarteten Westen Recht zu behalten. Schade nur, daß dieser angebliche „Fortschritt“ mit einem Staatsbankrott endigen wird und daß das wirtschaftliche Leben Russlands trotz aller Eisenbahnen in jeder Beziehung im Rückgang begriffen ist, wie die russische Presse selbst einzugehen beginnt, freilich ohne sich über die Gründe dieser Erziehung Rechenschaft geben zu können.“

Also der Staatsbankrott steht vor der Thür? — Nun gut, da hat doch die deutsche Handelswelt einen mächtigen Bundesgenossen. Den Staatsbankrott wird die russische Regierung nicht kommen lassen wollen.

Theater. Gutem Vernehmen nach beabsichtigt der Theaterunternehmer Herr Heggewald in Bromberg, welcher dort auf der Sommerbühne des Schützenhauses dramatische Vorstellungen giebt, im nächsten Monate hierorts 5 Vorstellungen zu veranstalten, und zwar für den Handwerkerverein, mit dem Genannter in Unterhandlung getreten ist. Der

Verein ist auf die ihm gemachte Offerte eingegangen, da die Gesellschaft des Herrn H. sehr tüchtig sein soll.

Postverkehr. Als unbestellbar ist an das hiesige Königl. Postamt zurückgekommen eine am 14. d. Mts. hier aufgelieferte Post Anweisungen auf die Summe von 2 Thlr. an die Magd Marianna Kepa in Westra bei Ostrowo. Absender hat sich nicht genannt.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Russisch-Papier 183/4 p.C. Russisch-Papier 181/2 p.C. Klein-Courant 21 p.C. Groß-Courant 10 p.C. Alte Silberrubel 8 p.C. Neue Silberrubel 5—6 p.C. Alte Kopeken 10—12 p.C. Neue Kopeken 15 p.C.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 23. August. Temp. Wärme 12 Grad. Luftdruck 28 Zoll 2 Strich. Wasserstand 4 Fuß 2 Zoll.
Den 24. August. Temp. Wärme 12 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 4 Fuß — Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt. Die polizeiliche Bekanntmachung vom 13. Mai c. in Nr. 129 d. Bl. ist unter jetzigen Gesundheitsverhältnissen vollständig am Platze. Es ist jedoch auch sehr wünschenswerth und von der Nothwendigkeit geboten, daß der Hissus diese Sache in so fern in die Hand nimmt, daß die sogenannten Stadtgräben, namentlich derjenige Theil vom Gerechten Thor nach dem Lazarus, welcher ganz ohne Abfluß ist, desinfiziert werde. Die Düste, welche dieser Kloak entwickelt, sind unerträglich und jedenfalls der Gesundheit des angrenzenden Stadttheils sehr nachtheilig. P. P.

Southampton, 15. August. Das Hamburger Post-Dampfschiff Borussia, Capt. Franzen, am 3. August von New York abgegangen, ist nach einer Reise von 11 Tagen 18 Stunden heute Nachmittags 6 Uhr bei Cowes angekommen und hat um 8½ Uhr die Reise nach Hamburg fortgesetzt. Dasselbe überbringt die deutsche Post sowie 105 Passagiere, 600 Tons Ladung und 379,441 Dollars Contanten.

Insferate.

Bekanntmachung.

Eine Partie alter Bohlen, Thüren und altes Holz soll

Mittwoch, den 28. d. Mts.

Vormittags 11 Uhr auf dem hiesigen Posthofe öffentlich meistbietend verkauft werden.

Thorn, den 23. August 1867.

Königliches Post-Amt.

Bekanntmachung.

Der Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Abraham Böhm in Firma A. Böhm ist mit Einwilligung sämlicher Gläubiger aufgehoben.

Thorn, den 16. August 1867.

Königliches Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Bierzig bis fünfzig Schock trockene Weidenfaschinen, welche auf der Ziegelei-Kämpe lageru, werden zum Preise von 1 Thlr. 20 Sgr. für das Schok auf unserer Kämmeri-Kasse verkauft.

Thorn, den 23. August 1867.

Der Magistrat.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Nachstehende Polizei-Berordnung:

S. 1.

Niemand darf Ziegen außerhalb geschlossener Höfe oder anderer eingefriedigter Plätze weiden oder umher laufen lassen.

S. 2.

Wer solches thut, wird vorbehaltlich des Schadenersatzes und des Pfandgeldes, mit Geldbuße von 5 Sgr. bis zu 3 Thlr. oder verhältnismäßiger Gefängnisstrafe bestraft.

Thorn, den 11. August 1855.

Der Magistrat, Polizei-Verwaltung. wird hiermit wiederholst bekannt gemacht.

Thorn, den 16. August 1867.

Der Magistrat, Polizei-Verwaltung.

Hörnchen mit Streuzel,

Frauräster Mundtaschen, sowie Zuckerkringel à 2 und 4 Pf. empfiehlt Volkmann, Brückenstr. Nr. 9.

Ziegelei-Garten.

Sonntag, den 25. August er.

grosses Concert

ausgeführt von der Kapelle des 8. Pomm. Inf. Regmts. Nr. 61. unter Leitung ihres Dirigenten

E. Metzner;

Aufang Nachmittags 4½ Uhr.

Entree à Person 2½ Sgr.

Programme an der Kasse.

Zur Aufführung kommt unter Anderem:
"Die Frankfurter Messe", Musik-Scherz, Potpourrie von Reinbold.

Höese.

Cordes Garten.

Montag, den 26. d. Mts.

CONCERT

Aufang 5½ Uhr.

Entree à Person 1½ Sgr.

Bei ungünstiger Witterung den folgenden Tag.

Handwerkerverein.

Für die Mitglieder und ihre Familien findet im Garten des Herrn Wieser am Montag den 26. d. Mts., im Fall unangenehmer Witterung, am Dienstag den 27. d. M. von 6 Uhr Nachmittags

CONCERT.

statt. Eintrittsgeld 1 Sgr pro Person.

Der Vorstand.

Die malerische Reise

im Harz und der Schweiz ist hier auf dem neustädtischen Markt nur noch bis Montag Abend zum letzten Mal zur Schau gestellt.

Entree 1½ Sgr

General-Versammlung

des neuen Begräbnisvereins Montag, den 26. August er. 6 Uhr Abends

im Saale des Herrn Hildebrandt.

Tagesordnung: Bericht über das verflossene Verwaltungsjahr, Wahl 4 neuer Vorstands-Mitglieder und Aufnahme neu eintretender Mitglieder.

Soeben erschien und ist in der Buchhandlung von Ernst Lambeck zu haben:

Schulze und Müller

in Wien und Pest, mit 50 Illustrationen.

Preis 10 Sgr.

Schulze und Müller

auf der Pariser Weltausstellung 1867. 3. Bd. Preis 5 Sgr.

Saat-Rübsen

vorzüglicher Qualität verkauft

Ernst Hugo Gall.

Eine Witwe in gesetzten Jahren wünscht eine Stelle als Wirthin selbstständig oder auch zur Hülfe der Frau zu übernehmen. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Mervöses Zahnschmerz wird augenblicklich gestillt durch Dr. Gräfström's schwedische Zahntropfen

à fl. 6 Sgr. Recht zu haben in Thorn in der Buchhandlung von Ernst Lambeck.

Feinstes Salon-Petroleum à 4½ Sgr. pro Quart empfiehlt

L. Sichtau.

600

Kisten Halb-Havanna Cigarren

1000 Stück 15 Thlr.

100 " 1 " 20 Sgr.

Helle Farben billiger, empfiehlt

Carl Reiche.

In der Lambeck'schen Musikalienhandlung (Altstädt. Markt Nr. 289) sind in neuen Auslagen, elegant gebundene Exemplare vorrätig: Beethovens 11 Ouvertüren 2ms 2 Thlr.

do 4ms 3 Thlr.

" sämmtl. Sonaten 4 Bde. 6 Thlr. 20 Sgr. Chopin, 8 Walzer 1 Thlr.

Classische und moderne Beste. Musik von J. Bach bis jetzt 2 Thlr.

Haydn, Trios für Piano, Violine u. Violoncelle 2 Bde. à 6 Thlr.

Wozat's Sonaten für Piano u. Violine 5 Thlr. 15 Sgr.

Piano u. Violoncello 5 Thlr. 15 Sgr.

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "